

Die Katastrophe von Tschernobyl und ihre Folgen

Vor 25 Jahren, am 26. April 1986, ereignete sich in Tschernobyl die bisher schwerste Reaktorkatastrophe aller Zeiten. Die Folgen des Super-GAU waren und sind noch immer verheerend: Durch die Explosion kam es zur massiven Freisetzung von Radioaktivität. In ganz Europa wurden Flächen von mehr als 200.000 Quadratkilometern kontaminiert. Weißrussland (Belarus), die Ukraine und Russland waren am stärksten



Seit dem Super-Gau ist die Gegend in einem Umkreis von 30 Kilometern rund um Tschernobyl unbewohnbar.

betroffen. Hier wurde eine Fläche von 150.000 Quadratkilometern radioaktiv belastet. Zum Zeitpunkt der Katastrophe lebten dort 7,2 Millionen Menschen. 70 Prozent des Fallouts gingen allein in Belarus nieder. Mehrere Hunderttausend Menschen verloren ihre Heimat. Die Zahl der Toten ist noch immer nicht endgültig ermittelt; Schätzungen sprechen von bis zu 100.000.

Hunderttausende, vor allem Kinder leiden weiterhin an den gesundheitlichen Folgen und werden noch viele Jahre und Jahrzehnte daran zu tragen haben. Über 600.000 Menschen waren unmittelbar am Reaktor und in den umliegenden hochverstrahlten Gebieten im Einsatz, um den Reaktorbrand zu bekämpfen. Sie werden als Liquidatoren bezeichnet. Viele dieser heute vergessenen Retter Europas sind verstorben. Die überwiegende Mehrzahl von ihnen leidet an den Folgen der Strahlenkrankheit wie Krebs und Erbgutveränderungen. Tschernobyl hatte nicht nur umwelt- und gesundheitsschädliche Folgen, sondern hat auch im sozialen, psychologischen und wirtschaftlichen Bereich Spuren hinterlassen. Die wirtschaftlichen Folgekosten von Tschernobyl werden auf mehrere hundert Milliarden US-Dollar geschätzt. Heute leben in den radioaktiv belasteten Gebieten immer noch und wieder mehrere Millionen Menschen.

Oft hörte man damals die Frage, ob der GAU in Tschernobyl auch für Deutschland gefährlich sein könnte. Damals wurde das bestritten. Aber radioaktiver Fallout macht an keiner Grenze halt. Vor allem Süddeutschland war betroffen. In manchen Gegenden Bayerns und Baden-Württembergs werden bis heute bedenklich hohe Strahlenwerte in Pflanzen, vor allem in Pilzen, und in der Folge bei Wildtieren gemessen, denen sie als Nahrung dienen.

Japan und die Ereignisse im Atomkraftwerk Fukushima I

Die schlimmen Folgen des Super-GAU von Tschernobyl schienen in der internationalen und nationalen Politik in Vergessenheit geraten zu sein. Niemand konnte ahnen, dass der Jahrestag von Tschernobyl auf so tragische Art durch die Katastrophe in Japan an Aktualität gewinnen würde. Es sind erschreckende Bilder, die einen nicht mehr loslassen und vor Augen führen, wie hilflos die Menschen angesichts solch schwerer Unglücksfälle sind. An erster Stelle stehen nun Solidarität und Hilfe für die betroffenen Menschen in Japan.

Hunderte Mahnwachen und die Großdemonstrationen in Berlin, Hamburg, Köln und München mit über 250.000 Teilnehmern haben das in den vergangenen Wochen bewiesen. Sie zeigen aber noch mehr – dass die Menschen in Deutschland die Politik dazu auffordern, dem allgemeinen Umdenken in der Energiepolitik endlich Taten folgen zu lassen.

25 Jahre nach der Katastrophe von Tschernobyl führen uns die Ereignisse in Japan deutlich vor Augen, dass das Ende der Nutzung der Atomenergie endgültig erreicht ist.

Auch heute wird wieder die Frage nach möglichen Gefahren der Reaktorkatastrophe in Fukushima für das Leben in Deutschland gestellt. Auch wenn die Ereignisse in Japan bis jetzt keine direkte Gefährdung für Deutschland darstellen, so müssen doch die nötigen Konsequenzen gezogen werden. Auch hier stehen AKW in erdbebengefährdeten Gebieten wie dem Rheingraben. Es drohen in Deutschland keine Tsunamis, aber ein Beben der Stärke 6,0 und ein Jahrtausendhochwasser, die durchaus möglich wären, könnten ausreichen, um die Sicherheit der überalterten Technik der Kraftwerke massiv zu beeinträchtigen. Die Reaktorschutzkommission (RSK) hat schon vor längerer Zeit vorgeschlagen, das Erdbebenrisiko in Deutschland neu zu bewerten.

Scheinheilige Sicherheitsversprechen

Man darf sich nicht täuschen lassen – auch in Deutschland gab und gibt es zahlreiche Störfälle in Atomkraftwerken. Die Pannen in den AKW Krümmel und Brunsbüttel im Jahr 2007 waren so schwerwiegend, dass beide Reaktoren nach wie vor nicht wieder am Netz sind. Viele deutsche Meiler sind längst nicht mehr auf dem aktuellen Stand von Wissenschaft und Technik. Selbst Deutschlands jüngstes AKW, Neckarwestheim 2, ist schon über 20 Jahre in Betrieb. Das Kernkraftwerk Biblis ging bereits vor 36 Jahren ans Netz. Die Möglichkeit einer Kernschmelze wird zwar von der Atomindustrie bestritten, Experten wollen einen Super-GAU aber grundsätzlich nicht ausschließen. Die japanische Atomkatastrophe hat sich in einem dicht bevölkerten, hoch entwickelten und hoch industrialisierten Land ereignet, einem Land mit höchsten Sicherheitsstandards. Daraus kann man nur einen Schluss ziehen: Es gibt keine Sicherheit bei der Atomenergie! Deshalb muss ihre Nutzung so schnell wie möglich ein Ende haben!



Auch in deutschen AKW gab und gibt es zahlreiche Störfälle.

SPD hat Konsequenz aus Tschernobyl gezogen

Bereits im Jahr des Unglücks von Tschernobyl, auf ihrem Parteitag 1986 in Nürnberg, bezog die SPD Stellung für eine „sichere Energieversorgung ohne Atomkraft“ und eine „Änderung des Atomgesetzes mit dem Ziel der Stilllegung aller Atomkraftwerke“. Die Forderung ist heute so aktuell wie damals. Wir brauchen sichere und saubere Zukunftstechnologien für künftige Generationen und keine jahrzehntealte Risikotechnologie.

Für eine lebendige europäische Erinnerungskultur

Viele Menschen befürchten, dass die Ereignisse in Japan schon bald nur eine Episode sein werden, dass ein Verdrängungsprozess einsetzen wird, und dass wirtschaftliche Interessen wieder vor Sicherheitsinteressen rücken werden. Es darf keinen Prozess des Vergessens geben, nicht für Japan und nicht für Tschernobyl. Die Erinnerung an die Opfer der Katastrophe muss aufrechterhalten werden. Hunderte von bürgerschaftlichen Initiativen in Deutschland und der Europäischen Union versuchen, zum Teil seit 25 Jahren, die Leiden der Opfer von Tschernobyl durch Spenden und Hilfsaktionen zu mildern. Ihre Arbeit ist beispielhaft für ein bürgerschaftliches humanitäres Engagement, ohne das die Opfer der Katastrophe weitgehend allein gelassen wären.

Vor diesem Hintergrund erwächst die Aufgabe für Deutschland und die Europäische Union, zu handeln und gemeinsam mit den humanitären Organisationen einen Beitrag zur Schaffung einer europäischen Erinnerungskultur an die Katastrophe von Tschernobyl zu leisten. Zahlreiche Menschen haben vor 25 Jahren in Tschernobyl ihr Leben eingesetzt, um ein schlimmeres Ausmaß dieser Katastrophe zu verhindern und viele Menschen leiden heute immer noch an den Folgen der radioaktiven Strahlen. Hier müssen Deutschland und Europa Verantwortung und Solidarität zeigen und zwar langfristig, denn auch die zukünftigen Generationen der Menschen, die in den immer noch verseuchten Gebieten leben, werden betroffen sein. Die Lehren aus Tschernobyl dürfen nicht vergessen werden: Atomenergie ist nicht beherrschbar. Eine zukunftssichere Versorgung durch Erneuerbare Energien ist möglich.

Zur Schaffung einer aktiven Erinnerungskultur bedarf es der Unterstützung der zivilgesellschaftlichen Vereine und Verbände zum Aufbau einer Geschichtswerkstatt vor Ort und eines intensiven europäischen Jugendaustausches mit der Ukraine und Belarus, um die zukünftigen Generationen mit einzubinden. Vor allem sollte Deutschland das Interesse an der Einführung von Erneuerbaren Energien in Belarus und der Ukraine unterstützen. Dazu hat die SPD-Bundestagsfraktion einen Antrag in den Deutschen Bundestag eingebracht.

Weitere Informationen:

Internationales Bildungs- und Begegnungswerk in Dortmund: www.ibb-d.de



Bis zu 100.000 Menschen starben durch die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl.

Schwarz-Gelb riskiert die Sicherheit künftiger Generationen

Schwarz-Gelb handelt ungläubwürdig

Rot-Grün hat das Ende der Atomenergie bereits im Jahr 2000 eingeleitet. Durch den schrittweisen Ausstieg wurde eine Perspektive für den vollständigen Übergang zur Nutzung Erneuerbarer Energien eröffnet. Diese Perspektive hat die schwarz-gelbe Bundesregierung mit ihrem Geschenk an die Atomlobby, der Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke in Deutschland, zerstört. Das nun eilig von Merkel & Co. beschlossene Moratorium ist scheinheilig. Das bloße Aussetzen der Laufzeitverlängerung für drei Monate schindet Zeit, ohne dass etwas Nennenswertes bewegt würde. Es sollte Handlungsfähigkeit demonstrieren. Es war aber nur ein durchsichtiges Wahlkampfmanöver, was Brüderles Äußerungen vor führenden Wirtschaftsvertretern eindeutig belegten.



Die sieben alten Atommeiler und der Pannenreaktor Krümmel müssen endgültig abgeschaltet werden.

Noch im September 2010 beschwichtigte Angela Merkel auf einer Pressekonferenz: „Wir haben heute schon die sichersten Kernkraftwerke der Welt.“ Nur ein halbes Jahr später, am 14. März 2011, muss sie diese Haltung angesichts der Ereignisse in Japan offensichtlich revidieren: „Ich sage ganz deutlich: Es gibt bei dieser Sicherheitsüberprüfung keine Tabus.“ Bei der Ankündigung dieser neuen, „tabulosen“ Sicherheitsüberprüfungen drängt sich die Frage danach auf, ob denn bei den bisherigen Überprüfungen die Risiken – Naturkatastrophen wie Erdbeben oder Überschwemmungen, Gefährdung der Kühlsysteme durch Stromausfälle, mögliche Terrorangriffe –, nur unzureichend kalkuliert wurden? Kritiker bestätigen, dass man viele Risiken bei der bisherigen Sicherheitsprüfung einfach außer Acht gelassen habe. Untersuchungen ergaben bereits 2002, dass die ältesten sieben AKW nicht einmal dem Absturz eines kleineren Flugzeuges, geschweige denn dem Angriff mit einem Verkehrsflugzeug standhalten würden.

.....

Energiewende jetzt!

Für einen beschleunigten Atomausstieg!

Die vorübergehende Abschaltung der sieben ältesten Atomkraftwerke geschieht am Parlament vorbei. Rechtsstaatliche Grundsätze und der Respekt vor dem Parlament verlangen einen entsprechenden Beschluss des Bundestages in Gesetzesform, denn nur er kann geltende Gesetze unterbrechen oder ändern. Diese Missachtung scheint Methode zu haben. Trotz des Angebots der SPD, eine rasche Gesetzesänderung zu unterstützen, hält die schwarz-gelbe Regierung am Moratorium fest und beweist damit, dass es ihr mit einem Atomausstieg nicht ernst ist.

Die SPD fordert eine klare Strategie für eine Energiewende. Wir wollen die sofortige Abschaltung der sieben ältesten Reaktoren sowie des Pannenmeilers Krümmel – und zwar für immer! Es darf keine Übertragung der Reststrommengen dieser alten auf die jüngeren Meiler geben. Das unter Sigmar Gabriel überarbeitete kerntechnische Regelwerk von 2009 muss endlich in Kraft gesetzt werden. Der Schutz nach dem neuesten Stand von Wissenschaft und Technik muss zur

Die Zukunft unserer Energieversorgung ist erneuerbar: Im Jahr 2010 erreichten die Erneuerbaren Energien 17 Prozent an der Stromversorgung. Bis 2020 sollen es mindestens 45 Prozent und bis 2050 100 Prozent sein.



allgemeingültigen, rechtlichen Voraussetzung werden, deutsche Atomkraftwerke zu betreiben. Die erforderlichen Sicherheitsnachrüstungen dürfen nicht Gegenstand politischen Kalküls sein.

Sie finden die aktuellen Anträge sowie den Gesetzentwurf der SPD-Bundestagsfraktion zum Thema im Internet:

Entschließungsantrag zur aktuellen Lage in Japan:
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/050/1705049.pdf>

Antrag zum Energiesystem unter:
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/051/1705181.pdf>

Antrag zur Energiewende unter:
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/051/1705182.pdf>

Gesetzentwurf zur Sofortabschaltung unter:
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/051/1705179.pdf>

Für saubere Zukunftstechnologien

Wir brauchen eine konsequente Wende in der Energieversorgung für mehr Energieeinsparung und -effizienz. Das Erneuerbare Energiengesetz (EEG) darf nicht aufgeweicht werden. Die Förderung von alternativen Energien muss massiv ausgebaut werden, um bis zum Jahr 2020 mindestens

45 Prozent Erneuerbare Energien im Stromsektor und 14 Prozent im Wärmesektor zu erreichen. Als Brückentechnologie müssen wir vor allem auf Kraft-Wärme-Kopplung setzen. Der Ausbau der Elektromobilität und kraftstoffsparender Antriebstechniken im privaten und öffentlichen Verkehr muss vorangetrieben werden.

.....

www.spdfraktion.de

IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN: SPD-BUNDESTAGSFRAKTION,
 PETRA ERNSTBERGER MdB, PARLAMENTARISCHE GESCHÄFTSFÜHRERIN,
 PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN

HERSTELLUNG: SPD-BUNDESTAGSFRAKTION, ÖFFENTLICHKEITSARBEIT
 TEXT: JOSEFINE SCHUBERT, MARK RUHRMANN | REDAKTION: ANJA LINNEKUGEL
 FOTOS: PICTURE ALLIANCE/DPA (S. 1, 5), BILDERBOX (S. 4, 6, 8/9)

DIESE VERÖFFENTLICHUNG DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION DIEN
 AUSSCHLIESSLICH DER INFORMATION. SIE DARF WÄHREND EINES
 WAHLKAMPFES NICHT ALS WAHLWERBUNG VERWENDET WERDEN.

Tschernobyl mahnt, Japan bestätigt

Atomenergie abschalten

www.spdfraktion.de